

# BIG Business Crime

## Eine Steuerreform ist überfällig

Unter diesem Titel brachte die Frankfurter Rundschau am 19. November 2023 einen Gastbeitrag von Marcel Fratzscher, dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Darin benannte Fratzscher Widersprüche in der öffentlichen Debatte über Steuern und Staatsschulden in der Bundesrepublik Deutschland, die zu einer „gefährlichen Lähmung der Finanzpolitik“ geführt hätten. Auf der einen Seite bestehe ein gesellschaftlicher Konsens, „dass Schulden etwas Schlechtes sind, Deutschland zu viele Schulden hat und diese nun abbauen sollte“. Auf der anderen Seite wisse man, dass viel mehr staatliche Investitionen in die Infrastruktur, in das Bildungswesen, in Forschung, Innovation und andere Bereiche notwendig seien, um Deutschland „zukunftsfähig“ zu machen.

Zu diesem Widerspruch komme hinzu, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich wünscht, geringere Steuern zu zahlen. „Vor allem die Unternehmen rufen nach Steuererleichterungen und Subventionen. Gleichzeitig mahnen sie bessere Rahmenbedingungen bei digitalen und energetischen Infrastrukturen, bei Forschung und Entwicklung an. Fast kein Staat der Welt hat derartigen Forderungen in der Corona-Pandemie und nun in

der Energiekrise so stark nachgegeben wie Deutschland und riesige Subventionen an die Wirtschaft ausgeschüttet.“

Marcel Fratzscher kam dann auf die Hintergründe dieser sich diametral widersprechenden Interessen und auf mögliche Lösungen zu sprechen: „Kein Land der Welt besteuert Arbeit stärker und Vermögen geringer als Deutschland. Eine ökonomisch sinnvolle Reform würde Menschen mit mittleren und geringen Einkommen steuerlich entlasten und große Vermögen, vor allem über die Grundsteuer und über die Erbschaftssteuer, stärker belasten. Dies würde zu einer Umverteilung der steuerlichen Last führen.“ Neuerdings mache auch die SPD wieder Vorschläge, die in diese Richtung gehen. Sie seien allerdings noch unzureichend.

Die dringend nötige Steuerreform müsse gerecht ausgestaltet sein: „Durch den Inflationsausgleich hat der Staat im vergangenen Jahr die Menschen um 15 Milliarden Euro jährlich entlastet – der größte Teil kommt aber den Top-Verdienenden zugute, Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen gehen so gut wie leer aus. Die Bundesregierung hat eine CO2-Steuer eingeführt, weigert sich jedoch, diese sozial ausgewogen



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

was hat es für einen Sinn, sich mit Wirtschaftsverbrechen, Korruption und betrügerischer Spekulation zu beschäftigen, während die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt jeden Tag viele Menschenleben kosten, die Umweltzerstörung vorantreiben und andere verheerende Folgen haben? Es hat Sinn, weil es da einen Zusammenhang gibt. Den hat Kurt Tucholsky – nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges – wie folgt formuliert: „Immer mehr zeigt sich, was wahre Kriegsursache ist: Die Wirtschaft und der dumpfe Geisteszustand unaufgeklärter und aufgehetzter Massen.“ Und: „Der moderne Krieg hat wirtschaftliche Ursachen. Die Möglichkeit, ihn vorzubereiten und auf ein Signal Ackergräben mit Schlachtopfern zu füllen, ist nur gegeben, wenn diese Tätigkeit des Mordens vorher durch beharrliche Bearbeitung der Massen als etwas Sittliches hingestellt wird. Der Krieg ist aber unter allen Umständen zutiefst unsittlich.“

Die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges sah Tucholsky in der herrschenden Wirtschaftsordnung: „Sie kann keinen Frieden halten, weil sie den Krieg zum Leben braucht.“ Gemeint ist die systemisch bedingte Konkurrenz um Rohstoffe, Energiequellen, auszubeutende Arbeitskräfte und Gewinnmargen, um Territorien und geopolitische Machtpositionen, die, wenn es darauf ankommt, auch verbrecherisch und kriegerisch ausgetragen wird.

Diese Konkurrenz wird gemeinhin „ethnisiert“, um ihren wahren Charakter zu bemänteln oder ihn nicht sehen zu müssen. Dann erscheint es so, als gehe es um eine Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den Völkern selbst, um deren Lebens- oder Überlebenschancen, um einen „Kampf ums Dasein“, den nur einer gewinnen kann. Oder, noch verschleierter, um einen Kampf der Rechtgläubigen gegen die Anders- und Ungläubigen.

Wir können uns fragen, was es bedeutet, wenn der deutsche Verteidigungsminister neuerdings fordert, wir müssten wieder „kriegstüchtig“ werden, anstatt seine Aufgabe darin zu sehen, gemäß seinem Amtseid „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“ – also alles für die friedliche Lösung von Konflikten zu tun.

Mit den besten Grüßen

Redaktion BIG Business Crime

durch ein Klimageld an die Menschen zurückzugeben.“

Fratzscher plädierte dafür, steuerliche Privilegien und Ausnahmen zu reduzieren. „Dazu gehört eine faire Mehrwertsteuer ohne Ausnahmen für Hotels oder Gastronomie und eine Abschaffung des Dienstwagenprivilegs. All dies würde zu höheren Steuereinnahmen führen, ohne dass Steuersätze erhöht werden.“

Auch zu der von FDP und CDU/CSU wie ein Fetisch hochgehaltenen und verteidigten „Schuldenbremse“ hatte Fratzscher eine dezidierte Meinung. Sie dürfe „nicht länger blind und damit schädlich für öffentliche Investitionen“ angewandt werden.

Da sich inzwischen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum von der Ampelregierung vorgelegten Haushaltsplan, gegen den die CDU/CSU geklagt hatte, erhebliche Finanzierungslücken ergaben, kamen aus der SPD Forderungen, die „Schuldenbremse“ zu lockern. In der Debatte über Einsparmöglichkeiten machten FDP und CDU/CSU Vorschläge, anstatt bei ungerechten und umweltschädlichen Subventionen bei Sozialleistungen zu kürzen.

Als mühsam errungenen Koalitionskompromiss gibt es nun vor allem eine Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises und Einsparungen im Klima- und Transformationsfonds. Die Zeche werden die „Normalverbraucher“ zahlen. An der von Marcel Fratzscher – wie auch von den Gewerkschaften und der politischen Linken – kritisierten Verteilungsungerechtigkeit ändert sich nichts.

Leider fehlte auch in Fratzschers Argumentation ein Hinweis auf die mannigfachen legalen und illegalen Praktiken der Steuerverkürzung und Steuervermeidung, die den öffentlichen Haushalten viele Milliarden möglicher Einnahmen kosten.

Die Frage ist, wie die hier benannten Tatsachen den Bundesbürgern zur Kenntnis und zu Bewusstsein gebracht werden können. Nur allzu leicht lassen sich viele, wie die Erfolge rechter und rechtsradikaler Propaganda zeigen, bei Verteilungsfragen auf angeblich an allem Schuldige ablenken: die ins Land kommenden Flüchtlinge und „arbeitsunwillige“ Bürgergeld-Bezieher.

*Reiner Diederich*

# Für eine kritische Erinnerungskultur

von Herbert Storn

Vor 20 Jahren wurde das „Cross-Border-Leasing“ (CBL) der Frankfurter U-Bahn abgewendet. Ein Bürgerbegehren verhinderte ein finanzielles Fiasco für die Stadt.

Eigentlich wäre die Frankfurter Paulskirche der richtige Ort gewesen, um an diesen Erfolg des demokratischen Protests zu erinnern. Aber ob viele gekommen wären, ist die Frage – zum einen, weil 20 Jahre ein langer Zeitraum sind, zum anderen, weil einige Parteien lieber nicht daran erinnert werden wollen. Und das hat Gründe.

Am 17. September 2023 fand deshalb im Club Voltaire auf Einladung von Business Crime Control und KunstGesellschaft eine entsprechende Veranstaltung statt, auf der Prof. Dr. Hans See und Herbert Storn referierten.

Einen Tag später jährte sich zum 20. Mal die Absage des Frankfurter Stadtparlaments an einen Verkauf der U-Bahn an US-amerikanische Investoren, von denen sie dann geleast werden sollte. Der Vertrag sollte für 100 Jahre (!) abgeschlossen werden, die Stadt gerade mal 100 Millionen Euro dafür bekommen. CBL war damals ein Einstieg für US-Finanzinvestoren in das große Geschäft in Europa.

Die demokratische Verfügungsgewalt über ein kommunales Verkehrsmittel wäre auf unabsehbare Zeit eingeschränkt worden, ohne dass das die Öffentlichkeit so richtig mitbekommen sollte. Denn bei allen Entscheidungen hätten die neuen Besitzer gefragt werden müssen. Eine Verkehrswende wäre erheblich erschwert worden.

Für fragwürdige Abschreibungsmöglichkeiten in der US-Steuer-Oase Delaware sollte die Stadt lediglich einmalig abgefunden werden. Wenige Jahre später, seit 2007, verzichtete der Frankfurter Magistrat sogar freiwillig auf jährliche Einnahmen von über 100 Millionen Euro,

indem der Hebesatz für die Gewerbesteuer entsprechend gesenkt wurde.

Undurchsichtige und umfangreiche Verträge, die kaum jemand kannte, sorgten bei CBL für größtmögliche Intransparenz und waren „demokratieuntauglich“. Beraterkonzerne übernehmen in solchen Fällen das Sagen und ersetzen die kritische öffentliche Meinungsbildung durch sogenanntes Expertentum.

Am 7. Juni 2003 wurde das Cross-Border-Leasing der Frankfurter U-Bahn mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen beschlossen. Die SPD stimmte nicht dafür.

Ein außerparlamentarisches Bündnis „Rettet die U-Bahn“ mit dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der PDS und anderen sammelte daraufhin in kurzer Zeit über 47.000 Stimmen für ein Bürgerbegehren zur Verhinderung des U-Bahn-Deals. Business Crime Control und KunstGesellschaft starteten zur Unterstützung eine Initiative von prominenten WissenschaftlerInnen und Kulturschaffenden der Stadt. Über die Pressekonferenz dazu wurde auf Seite 1 der Lokalteile von FAZ, der Frankfurter Neuen Presse und der Frankfurter Rundschau ausführlich berichtet.

Die Voraussetzungen für einen Bürgerentscheid waren gegeben, so dass die Grünen auf Druck ihrer Basis ihre bis dahin befürwortende Haltung zu CBL änderten und es keine Mehrheit mehr dafür in der Stadtverordnetenversammlung gab. Am 18. September 2003 beschloss diese dann das Aus für das Projekt.

CBL gehört zwar der Vergangenheit an, nicht aber die Mittel und Wege der Finanzlobby, Staat und Kommunen für ihre Zwecke einzuspannen. Darum soll der Blick zurück auch ein Blick nach vorn sein.

Die Verhinderung der Auslieferung der Frankfurter U-Bahn an undurchsichtige

Finanzkonzerne in den USA über das Rechtskonstrukt CBL ist ein klassisches Beispiel für die Art und Weise, wie es um die Demokratie bestellt ist. Es ist einer der wenigen Fälle, wo Machenschaften unter dem formalen Rahmen einer Demokratie zu Fall gebracht werden konnten, nämlich über ein Bürgerbegehren.

Das Beispiel leidet allerdings nach 20 Jahren unter der gewöhnlichen Amnesie. Einem solchen Gedächtnisverlust wird – wenn es dem gesellschaftlichen Mainstream wichtig ist, durch Gedenktage abgeholfen. Das Paulskirchen-Jubiläum zur Erinnerung an die Revolution von 1848 war so gedacht. Wir hatten deshalb auch vor, das 20-jährige Jubiläum der Verhinderung von CBL als Beispiel für gelebte Demokratie in der Paulskirche zu feiern. Aber alle Versuche dazu sind gescheitert.

### **Was ist oder war Cross-Border-Leasing?**

Es ist ein hochkomplexes, zu guten Teilen nicht überschaubares, kaum kontrollierbares strukturiertes Finanzprodukt, das sich öffentliche Güter einverleibt, entwickelt von den klassischen Akteuren des Finanzkapitalismus: Banken, Versicherungen, Trusts, Private Equity-Firmen, Anwalts- und Beraterkonzernen – selbstverständlich unter Zuhilfenahme von sogenannten Steueroasen, Offshore-Finanzplätzen oder wie auch immer die Verschleierungsbegriffe lauten.

Damit reichen die Finanzströme und die Akteure vom legalen bis in den kriminellen Bereich hinein. Stephan Hessler hat dies im BCC-Info Nr. 3/2003 so ausgedrückt:

„Hier fließen legale, halblegale und kriminelle Zahlungsströme zusammen. Deutsche Kommunen reihen sich in eine Klientel von Steuerflüchtlingen, Geldwäschern, Drogenkartellen, Waffenschleibern und Terrororganisationen ein.“

Oder der Bürgermeister von Iserlohn, Klaus Müller:

CBL sei institutionalisierter, globalisierter Steuerbetrug „zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers, erdacht und ausgeführt von sich honorig gebenden internationalen Finanzkonstrukteuren“.

CBL ist demokratiefeindlich. So bescheinigte die Kanzlei Freshfield Bruckhaus Deringer auf Anfrage „gutachterlich“, dass die Demokratie aus dem Entscheidungsprozess herauszuhalten sei.

Demokratische Kontrolle wäre ohnehin sehr, sehr schwierig, wenn die Vertragsunterlagen über 1.000 Seiten lang, auf Englisch verfasst und erst kurz vor dem Abschluss fertig sind, und der Gerichtsstand New York ist.

CBL wurde in Deutschland von 1994 bis 2004 etwa 150-mal benutzt, EU-weit 700-mal. Dieses Steuerschlupfloch ist seit 2005 in den USA (auch rückwirkend) geschlossen worden.

Über die Schäden ist wenig bekannt. Beispielsweise ergab sich für die Industriestadt Heidenheim in Baden Württemberg bei einer Einnahme von 3,5 Mio. Euro (sogenannter Barwertvorteil) ein nachträglicher Schaden von 30 Mio. Euro.

### **Irreführung der Öffentlichkeit**

Vor allem war die Werbung für CBL immer eine Irreführung der Öffentlichkeit. Das beginnt schon mit dem Begriff Leasing, der bei uns weitgehend mit der Frage Kauf oder Miete eines Gegenstands verbunden ist.

Vorrangig geht es hier aber um die Frage Besitz und Eigentum. Im Gegensatz dazu wurde bei CBL der Eindruck erweckt, dass die deutschen staatlichen Körperschaften das Eigentum an ihren öffentlichen Gütern behielten. Tatsächlich wurden nach US-Recht – und der Gerichtsstand war New York – die US-Trusts Eigentümer. Außerdem erhielten sie auch noch weitgehende Besitzrechte.

Auch die Behauptung einer „Win-win-Situation“ (oder eines „Nullsummenspiels“) war gelogen.

Denn: Während der Vorteil für die Stadt einmalig 4 Prozent betrug, war der Vorteil für den Investor jährlich 8 bis 10 Prozent.

Die eigentlichen Gewinner waren diejenigen, die das entsprechende Steuereinkürzungsmodell nutzten: Über Beteiligungen an Beteiligungsfonds oder Dachfonds für private Anleger mit Steuersparmodellen. Angesprochen werden vermögende Individuen, die High Net Worth Individuals (Mindestanlagesumme 1 Mio. US-Dollar) und auch mittelständische Unternehmen (ab 10 Mio. US-Dollar). Im Unterschied zu Großunternehmen zahlen diese noch Steuern in einer Höhe, bei der sich die Beteiligung an einem solchen Steuersparmodell lohnt. So steckte hinter dem sogenannten „Investor“ in der Regel eine Gruppe

privater Geldanleger, worunter durchaus auch größere Firmen sein konnten. Der Betrogene war also der Staat.

### **Der politische Hintergrund**

Wie eine grüne Politikerin damals sagte: Was ist denn an CBL so besonders? Die Stadt ist doch auch ein Unternehmen. Und Roland Koch, CDU, sprach als hessischer Ministerpräsident vom Land Hessen als einem Konzern.

Privat vor Staat war damals Regierungsprogramm und offizielle Leitlinie! Und es ist kein Geheimnis, dass sich hier CDU und Grüne durchaus im Grundsatz trafen (mit oder ohne FDP).

Privatisierung ist aber ein Raubzug gegen die öffentlichen Güter und gegen das Gemeinwohl. Und gegen die Demokratie. Es geht um die Verfügungsgewalt, es geht um das Wirtschaftsprinzip. Und es geht um Transparenz und (Mit-)Entscheidungsrechte!

Was eine solche Politik enorm begünstigt, ist natürlich der Lobby-Druck der entsprechenden Konzerne, der Kauf von PolitikerInnen (Drehtüreffekt) und grobenteils die Inkompetenz und Verantwortungsscheu gewählter Volksvertreter.

Man/frau sind froh, Verantwortung an beauftragte ExpertInnen abgeben zu können, auf bestimmte BeraterInnen zu hören, stellen sich aber gerne als MacherInnen dar und sind dann noch Kritik gegenüber arrogant. Kritische Auseinandersetzungen werden ohnehin gern vermieden und echte Transparenz wird gescheut.

Von daher kann die Bedeutung von Kritik und die Entwicklung geeigneter Gegen-Narrative gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Denn es ist eine große Herausforderung, komplexe Sachverhalte in ein verständliches Vokabular zu übersetzen.

Wie sagte damals doch eine ältere Dame in der U-Bahn beim Fernseh-Interview des Hessischen Rundfunks: „Jetzt verkaufen sie schon unsere U-Bahn an die Amis!“ Das klang ein wenig populistisch, war aber in der Sache nicht falsch.

Dem damaligen Präsidenten der IHK, der sich ebenfalls gegen das CBL-Geschäft der Stadt Frankfurt wandte, hielt die seinerzeitige Oberbürgermeisterin Petra Roth, CDU, „Antiamerikanismus“ vor, wogegen er sich energisch verwahrte.

# Aufstieg – Absturz

## Das System Benko im Spiegel der Medien

von Joachim Maiworm

**G**eschichten über rasante Aufstiege und jähe Abstürze von zumeist jungen Unternehmensgründern häufen sich in letzter Zeit. Adam Neumann war bereits mit Anfang Dreißig CEO des Büroraumriesen WeWork und damit Kopf des einst wertvollsten Start-Up-Unternehmens der Welt – bevor der Konzern in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet und der CEO entmachtet wurde. Der 31-jährige Sam Bankman-Fried, Gründer der mittlerweile insolventen Kryptobörse FTX und einst als Wunderkind der Branche gefeiert, wurde Anfang November 2023 in New York wegen Betrugs und Geldwäsche schuldig gesprochen.

Die Austro-Version eines lange von Politikern und Investoren hofierten jungen Unternehmers ist René Benko, der im Jahr 2000 als 23-Jähriger die Signa-Gruppe gründete, die zu den bedeutendsten in Europa ansässigen Immobilieninvestoren zählt. Kennzeichnend für Benko ist, dass er einen mit mehr als 1.000 Tochterfirmen verschachtelten und selbst für Branchenkenner kaum zu durchschauenden Konzern aufbaute, sich mit nicht wenigen einflussreichen Personen umgab und seinen Namen mit luxuriösen und repräsentativen Bauten verknüpfte.

Neben anderen Immobilien in Österreich, Deutschland, Großbritannien und den USA gehören auch die Häuser der Warenhauskette Galeria Karstadt-Kaufhof zur Signa-Gruppe. In Hamburg entwickelt der Konzern den sogenannte Elbtower, entworfen vom britischen Star-Architekten David Chipperfield, der unter anderem das Kaufhaus Tyrol, ein exklusives Einkaufszentrum in Innsbruck, plante: „Steingewordene Machtdemonstrationen, die anzeigen: Hier kann einer vor Geld kaum laufen“. [1] Daneben beteiligte sich Benko auf internationaler Bühne an weiteren prestigeträchtigen Immobilien, wie dem Londoner Luxuskaufhaus

Selfridges und dem New Yorker Chrysler Building.

Mit der einst charismatischen Wirkung Benkos auf potenzielle Investoren und dem Glauben an ein nicht enden wollendes Wachstum des Konzerns ist es nun allerdings vorbei. Ende November 2023 rutschte die Signa Holding in die Pleite. Nun geht es Schlag auf Schlag: Zahlreiche Insolvenzanmeldungen von Signa-Tochterfirmen – auch in Deutschland – werden wohl folgen; auf vielen Baustellen in Deutschland herrscht bereits Stillstand.

### Die Person

Benko, so das Handelsblatt, habe „unerschrocken, unkonventionell und skrupellos“ aus dem Nichts ein Milliardenimperium geschaffen. [2] In einem Arbeiterviertel in Innsbruck aufgewachsen, brach er die Schule vor dem Abitur ab und begann seine Karriere mit dem Ausbau von Dachböden zu Luxuswohnungen. Immer größere Projekte folgten, und damit die permanente Suche nach reichen Investoren. Auf seinem Weg nach oben griff Benko auch zu unsauberen Methoden. 2012 wurde er von einem Wiener Gericht wegen eines Bestechungsversuchs zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. „Lupenreine Korruption“ hatte die damalige Richterin Benko attestiert. [3] Damals schied er aus dem operativen Geschäft aus, hielt aber weiterhin die Fäden in der Hand – im Beirat des Konzerns und über seine Familienstiftung, die große Anteile am Konzern hält. Verfahren wegen Korruption und Bestechung begleiten Benko seitdem.

### Das Geschäftsmodell

Benko kaufte oft in die Jahre gekommene Immobilien in bester Innenstadtlage, wertete sie baulich und architektonisch auf, um sie dann langfristig zu vermie-

ten oder zu verkaufen. Nach Auffassung des Wirtschaftswissenschaftlers Leonhard Dobusch betreibt Signa eine „aggressive“ Bilanzierung ihrer Immobilien. „Hier haben wir es klar mit einem Geschäftsmodell zu tun, das stark auf Aufwertungen von Immobilienbeständen angewiesen ist.“ Mit direkten Auswirkungen auf die Miete. „Wenn ich die Immobilie aufwerte“, so Dobusch, „kann ich auf Basis dieser Bewertung höhere Mieten verlangen. Ich muss sie aber auch verlangen, damit ich die Bewertung rechtfertigen kann.“ [4] Ziel des Ganzen: Je wertvoller die Immobilien sind, umso höher können sie mit Krediten belastet und somit üppige Dividenden an die Investoren ausgezahlt werden. Auch die Nachrichtenwebseite Business Insider bestätigt, dass Signa zum Beispiel deutsche Handelshäuser dazu benutzt, den Bilanzwert seiner Immobiliensparte „aufzublasen“. So vereinbarte der Konzern mit der KaDeWe-Group extrem hohe Mieten und Vertragslaufzeiten von mehr als 35 Jahren. Auch bei Galeria Karstadt Kaufhof werden Wucher-Mieten für Signa-Gebäude derzeit überprüft. [5]

„Finanzdetektiv“ und Autor Fabio De Masi benennt die Konsequenzen aus dem Scheitern eines Systems, das auf ständigen Geldzufluss angewiesen ist:

„Viele Jahre hatte Benko mit immer waghalsigeren Bewertungen seiner Immobilien frisches Kapital eingeworben und Kredite für neue teure Projekte aufgenommen, die hohe Finanzvolumina erforderten. Gleichzeitig zahlte er enorme Dividenden an die Kapitalgeber aus. Ganz wie der italienische Trickbetrüger Charles Ponzi in den 1920er-Jahren in den USA, der ein millionenschweres Schneeballsystem etablierte.

(...) Als die Europäische Zentralbank (EZB) jedoch die Zinsen erhöhte und den Bauboom sowie die wirtschaftliche Dynamik durch höhere Finanzierungskosten drosselte, musste Benko Wertberichtigungen an seinen Sicherheiten vornehmen und bekam Probleme mit der Liquidität. Ein sich selbst verstärkender Effekt, der auch aus der US-Immobilienkrise 2007 bekannt ist. Die EZB hielt vor einiger Zeit Banken an, ihre Kredite an die Signa-Holding zu überprüfen. Das fegte Schockwellen durch den Markt. Da Benko nun die teureren Kredite bedienen muss, um eine Insolvenz abzuwenden, kann er zahlreiche Projekte nicht mehr realisieren.“ [6]



## Das Netzwerk

Aber warum spielten die Investoren überhaupt so lange mit?

„Wenn Benko ein Blender gewesen sein sollte, kommen auch all jene in Erklärungsnot, die sich bereitwillig haben blenden lassen: Investoren, Gläubiger, Banken – und die Bürgermeister jener Städte, in denen sich die Signa-Gruppe beste Lagen für ihre Projekte sichern konnte. (...) Warum haben Investoren, Banken, Beiräte und Aufsichtsräte so lange gewartet, ehe sie den Druck auf Benko erhöhten, endlich umzusteuern?

Die Antwort ist genauso simpel wie ernüchternd: Weil sie viele Jahre lang am rasanten Aufstieg glänzend mitverdienten. Es waren die anderen Investoren, die es Benko erst ermöglichten, so rasant zu wachsen. Mit deren Namen er sich schmücken konnte, um neue Geldgeber zu finden.

Keine Bank wurde gezwungen, sich mit großen Summen am Immobilienportfolio zu beteiligen. Und die Bürgermeister von Hamburg, Berlin oder Düsseldorf ließen sich allzu gerne für die großen, teuren Projekte begeistern. Letztlich haben Benkos Geschäftspartner das rasante Wachstum der Signa-Gruppe und den steilen Aufstieg des Österreichers erst möglich gemacht.“ [7]

Der Druck, permanent Investorengelder anwerben zu müssen, erfordert es, bis in die höchsten – auch politischen – Kreise bestens vernetzt zu sein. Hier ein Beispiel für die enge Verbindung zu Österreichs Ex-Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP): „Ende 2017 gehörte Kika-Leiner zur süd-

afrikanischen Steinhoff-Gruppe. Diese wurde von einem Bilanzskandal erschüttert, Leidtragender war Kika-Leiner: Der Konzern stand vor der Insolvenz. Um rasche Liquidität zu erhalten, sollte die Perle des Möbelhändlers, die Immobilie Mariahilfer Straße 10-18 verkauft werden. Es war kurz nach Weihnachten, das Geld musste vor Jahreswechsel eingezahlt sein. Da kam René Benko ins Spiel. Binnen zwei Tagen war alles unter Dach und Fach, 60 Millionen Euro überwiesen und Kika-Leiner gerettet. Hinter den Kulissen hatte sich der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz für Benko stark gemacht. Dass es damals höhere Angebote für die Immobilie gab, wurde erst später bekannt.“ [8] Offensichtlich sorgte Kanzler Kurz persönlich dafür, dass ein leitender Beamter früher als geplant aus seinem Weihnachtsurlaub zurückkam, „damit der Deal grundbücherlich besichert werden konnte“. [9]

Die vertrauliche Beziehung zwischen Benko und der Kanzlerpartei ÖVP will nun die Opposition in Österreichs Parlament untersuchen. Der Spiegel schreibt dazu:

„Österreichische Oppositionsparteien wollen aufklären lassen, ob die konservative Regierungspartei ÖVP von österreichischen Milliardären bevorzugt wurde. Darum soll es in einem Untersuchungsausschuss gehen. Die sozialdemokratische SPÖ und die rechte FPÖ kündigten am Freitag an, dass dabei vor allem der zuletzt in die Schlagzeilen geratene österreichische Investor René Benko und seine Immobilien- und Handelsgruppe Signa im Fokus stehen wer-

den. (...) ‚Es geht darum, inwieweit er von ÖVP-Regierungsmitgliedern und deren Büros besser behandelt wurde‘ als andere Unternehmer, sagte der SPÖ-Abgeordnete Kai Jan Krainer über Benko. Der U-Ausschuss solle die Vergabe von Coronahilfen an Firmen der Signa-Gruppe beleuchten, hieß es. Außerdem soll untersucht werden, ob Unternehmen von Milliardären wie Benko wegen guter Kontakte zur Politik steuerlich begünstigt wurden.“ [10]

Aber Benko scheut auch nicht den Kontakt zu anderen Parteien. Im Unternehmensbeirat sitzen etwa Alfred Gusenbauer, zwischen 2007 und 2008 österreichischer Bundeskanzler (SPÖ), und Susanne Riess-Hahn, ehemalige Vizekanzlerin (FPÖ). Gusenbauer ist daneben Aufsichtsratschef einzelner Signa-Tochterfirmen. Zusätzlich zu seinen Vergütungen als Aufsichtsratsvorsitzender kassierte er zwischen 2020 und 2022 von Signa Honorare von mehr als sieben Millionen Euro – unter anderem für die Beratung bei der „Restrukturierung“ der Galeria-Kaufhof-Karstadt-Gruppe in Deutschland und bei der Beantragung eines Darlehens beim deutschen Wirtschaftsstabilisierungsfonds. [11]

Benko suchte die Nähe zu politischen Entscheidern, umgekehrt buhlten politische Funktionsträger um Benko: „Eng waren auch in vielen deutschen Rathäusern und Ministerien die Drähte zu Signa, gern sonnten sich Bürgermeister und Stadtentwickler im Glanz kühner Pläne. Die Folgen sind derzeit in Hamburg zu besichtigen, wo sich der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz ein Denkmal

namens Elbtower bauen lassen wollte und Signa 2018 öffentlich bescheinigte, ‚finanzstark‘ zu sein und ‚einen sehr guten Ruf bei seriösen Banken‘ zu genießen. Erstaunlich, denn schon damals war Benko wegen Korruption verurteilt worden. Heute ist Scholz Bundeskanzler und sein Elbtower droht zur Bauruine zu werden.“ [12]

Scholz hatte 2018 in seiner Zeit als Hamburger Bürgermeister mit dem Benko-Konzern über die Planungen zu dem 245-Meter-Turm verhandelt. „Mit dem Baustopp“, schreibt die Süddeutsche Zeitung, „hat die Baustelle des Elbtowers nun einen griffigen Spitznamen bekommen: ‚kurzer Olaf‘“. [13]

De Masi meint zur Rolle des ehemaligen Hamburger SPD-Bürgermeisters:

„Scholz lobte Benkos Signa einst in den höchsten Tönen und schlug Warnungen über Benkos undurchsichtige Finanzierung und Kritik am Elbtower, die auch aus der Hamburger SPD kamen, in den Wind. (...) Scholz, der ‚bescheidene Hanseat‘, erweckte noch kurz vor seinem Wechsel ins Finanzministerium im Jahr 2018 den Eindruck als habe er das Hochhaus persönlich am Zeichenbrett entworfen und wolle sich ein Denkmal setzen. So tönte er: ‚Ich habe viele Stunden überlegt, wie ein solches Hochhaus aussehen könnte. Dieser Turm passt in seiner klassischen Haltung zu Hamburg, er ist nicht extravagant, sondern elegant und raffiniert zugleich.‘ Scholz weiter: ‚Ich als Bürgermeister möchte, dass die Hamburger sagen, das hat Scholz gut gemacht (...) wenn das fertig ist.‘ Er schwärmte, dass Signa ein ‚hervorragendes Immobilienunternehmen‘ sei.“ [14]

## Staatsgelder und mediale Einflussnahme

Neben dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sorgte auch Scholz als damaliger Finanzminister dafür, dass Benkos angeschlagener Warenhauskonzern Galeria Karstadt massive staatliche Coronahilfen bekam. Von Amts wegen saßen sie im Kuratorium der Ruhrkohle Stiftung RAG, die an der Signa Prime beteiligt ist. „Und ausgerechnet der gehören eine Vielzahl von Kaufhof- und Karstadt-Warenhäusern. Aus der Beteiligung an dieser Firma (...) hat die RAG-Stiftung allein in 2020 rund 12 Millionen Euro an Dividenden erhalten.“ [15]

Mit Blick auf Signa und Galeria Karstadt moniert der Spiegel, dass der Staat allzu leichtfertig Subventionen zahlt, wenn der politische Druck groß ist. „Fast 700 Millionen an Steuergeldern hat der Konzern während zweier Insolvenzen innerhalb von zweieinhalb Jahren erhalten. Die Staatshilfe ist wahrscheinlich verloren (...). Kaum jemand rechnet damit, dass der drastisch geschrumpfte Galeria-Konzern sie je zurückzahlen wird.“ Umfangreiche Sicherheiten für die Staatshilfen bestünden nicht. „Seine wertvollen Immobilien (...) schützte Benko vor dem Zugriff des Staates. Er verstaute sie in einer separaten Sparte seines Firmenimperiums. Die Politik nahm das hin.“ [16]

Zum System Benko gehört auch die Einflussnahme auf die Medien. Im Jahr 2018 beteiligte er sich mit knapp 25 Prozent an den Boulevardblättern „Kronen Zeitung“ (der „Ösi-Bild“) und dem „Kurier“.

„Wie übt man mit einer gedruckten Zeitung über Jahrzehnte hinweg politischen Einfluss aus, ohne sich dabei einem politischen Lager eindeutig anzudienen? (...) Die Krone erreicht geschätzt drei Millionen Leser\*innen – mehr als jede\*r dritte Österreicher\*in hält sie täglich in der Hand. Zum Vergleich: Die Bild, auflagenstärkste Tageszeitung in Deutschland, erreichte 2018 geschätzt gut 9 Millionen Menschen, damit ‚nur‘ rund jede neunte Person. Diese Verhältniszahlen sind aussagekräftiger als die absoluten, wenn man den politischen Einfluss der Krone verstehen will. (...) Die Krone ist wie kaum ein anderer Titel ein Beispiel dafür, wie man mit Zeitung Politik machen kann. Kampagnenjournalismus ist bei der Krone kein Schimpfwort und kein Beiwerk, sondern Prinzip.“ [17]

Das letzte Wort, eine ätzende Polemik über Unternehmertypen à la Benko, gehört einem anderen Österreicher, dem Historiker und Publizisten Franz Schandl:

„Mit einem Vermögen von fünf Milliarden Euro ist der ‚Tiroler des Jahres 2011‘ angeblich der drittreichste Österreicher. Was er will, ist verdienen. Kaufen, verkaufen, verschulden, umgruppieren, abkassieren, investieren, bankrottieren, bilanzieren. Da zieht einer alle Register. Aus Geld gilt es mehr Geld zu machen. Benko ist die Inkarnation der Marx’schen Formel vom Geld, das mehr Geld erzeugt, G – G’. Ein Fleisch gewordener

Kapitalautomat. Was hat das Leben sonst zu bieten? (...) Das Leben ist ein Kick. Tatsächlich sind hier Desperados unterwegs. Aber gerade darin liegt auch der Reiz der Rackets, der Netzwerke, mit denen sich Eliten Macht und Vermögen sichern. Ohne Doping keine Benkos. Das schreckt weniger ab, als es anzieht. Der traut sich was. Der Nimbus des René besteht darin, dass ihm die Reputation ziemlich wurscht ist. Warum sauber, wenn es schmutzig besser läuft? Mit den gesammelten Unschuldsvermutungen könnte er locker einige seiner Luxushochsicherheitsjagdhütten in den Alpen austapezieren.“ [18]

## Anmerkungen:

[1] Florian Gasser/MaxHägler/Ingo Malcher/Marc Widmann: „Wo er war, da glitzerte es“, Die Zeit vom 9. November 2023

[2] „Aufstieg und Fall des René Benko“: Handelsblatt (Online) vom 29. November 2023

[3] Ebd.

[4] „Der Kaufhauskönig. Wie ein Multimilliardär Karstadt und Kaufhof versilbert“, WDR-Doku, 2021

[5] Jan C. Wehmeyer/David Nikolai Müller: „Wuchermieten haben den Wert von René Benkos Immobilienimperium aufgeblasen – darunter leiden das KaDeWe und Galeria-Karstadt-Kaufhof“, Business Insider vom 22. November 2023

[6] Fabio De Masi: „Der Bundeskanzler und Benkos einstürzende Neubauten“, Berliner Zeitung (Online) vom 11. November 2023

[7] Jürgen Flauger: „Mitschuld an René Benkos Fall tragen die Signa-Investoren“, Handelsblatt (Online) vom 10. November 2023

[8] Gerhard Hofer: „Wie viel hat René Benko beim Kika-Leiner-Deal verdient?“, Die Presse (Online) vom 1. Juni 2023

[9] ZDF-Magazin Royale vom 7. Dezember 2021

[10] „Untersuchungsausschuss nimmt Skandal-Milliardär ins Visier“, Der Spiegel (Online) vom 24. November 2023

[11] „Gusenbauer kassierte Millionen von Benko“, oe24.at, 24. November 2023

[12] Henryk Hielscher: „Der Immobilienkönig und sein politisches Gefolge“, Wirtschaftswoche (Online) vom 30. November 2023

[13] Saskia Aleythe: „Milliardär Kühne sieht Lösung für den Elbtower“, Süddeutsche Zeitung vom 28. November 2023

[14] De Masi, siehe Anm. 6

[15] WDR-Doku 2021, vgl. Anm. 4

[16] Kristina Gnirke: „Von unserem Geld“, Der Spiegel Nr. 46, 11. November 2023

[17] Peter Weissenburger, „Die Kampagne als Prinzip“, taz (Online) vom 11. April 2019

[18] Franz Schandl: „Im Selbstbedienungsladen“, der Freitag vom 24. November 2022

# Ungestörte Geldflüsse zur Hamas

von Joachim Maiworm

Seit über 17 Jahren herrscht die von EU, USA und weiteren Staaten als Terror-Organisation eingestufte Hamas über den Gaza-Streifen. Seitdem ist dieser weitgehend von der Außenwelt abgeriegelt. Das hinderte die Organisation nicht daran, massiv aufzurüsten. Die dafür benötigten Gelder stammten offensichtlich aus vielfältigen Quellen. Da der bewaffnete Arm der Hamas eng verwoben ist mit den zivilen Verwaltungsstrukturen in Gaza, landeten die Einnahmen des dortigen Finanzministeriums vermutlich zum Teil auch bei den Kämpfern der Organisation. Dazu gehören Steuern, Zölle und internationale Hilfsgelder. Ohne massive externe Hilfe hätte die Hamas tatsächlich nicht überleben können. Es gibt zwar keine Transparenz bei ihrer Finanzierung, aber bekannt ist, dass die Hilfen vornehmlich aus zwei Staaten kommen – dem Iran und Katar, wobei der jeweilige Umfang unklar bleibt.

So geht ein ehemaliger Finanzanalyst für Terrorismusbekämpfung im US-Finanzministerium davon aus, dass die Hamas über ein jährliches Budget von rund einer Milliarde Dollar (938 Millionen Euro) verfügte. Davon stammten etwa 200 Millionen Dollar aus dem Iran, weitere 100 bis 200 Millionen Dollar aus Katar (Euronews). Ein Experte für Terrorismusbekämpfung der US-Denkfabrik Washington Institute for Near East Policy schätzte das Jahresbudget der Organisation nur auf rund 300 Millionen Dollar (ZDFheute). Dagegen bezifferte eine israelische Quelle den Beitrag Irans Anfang 2022 auf 80 Millionen Dollar (Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Oktober 2023). Und laut Süddeutscher Zeitung überwies das Emirat Katar monatlich 30 Millionen Euro – offensichtlich mit Billigung Israels, das einen Zusammenbruch der Struktu-

ren in Gaza verhindern wollte. Angenommen wird auch, dass die Türkei unter Präsident Erdoğan, der die Hamas nicht als terroristische Vereinigung einstuft, finanzielle Unterstützung leistet.

In einem Essay für die Süddeutsche Zeitung legt Markus Zydra, Finanzexperte der Zeitung, den Fokus auf Deutschland und „andere demokratische Staaten“, die viel zu lange zugelassen hätten, dass Terrorgruppen wie die Hamas oder Hisbollah ihre Waffenarsenale finanzieren konnten. Die Hamas kontrolliere über Strohleute Immobilien, Firmen und Wertpapiere in aller Welt und sei auf dem Markt für Kryptowährungen aktiv, um Spenden für Terroranschläge zu sammeln: „Zwischen August 2021 und Juni 2023 sollen dort 130 Millionen Dollar beschafft worden sein.“ Aufgrund der Dominanz des westlichen Finanzsystems, so Zydra weiter, würden Terrorgelder immer wieder über Konten der hiesigen Banken und Börsen fließen, etwa zum Kauf von Immobilien, Aktien und waffenfähigem Material. „Doch die westlichen Sicherheitsbehörden könnten das Vermögen der Hamas und Hisbollah in den meisten Fällen orten. Die westliche Welt sollte Geldflüsse stoppen und insbesondere Immobilien mit verdächtigen Besitzverhältnissen beschlagnahmen.“

Zydra nimmt besonders die deutsche Financial Intelligence Unit (FIU), die Verdachtsmeldungen der Banken zu auffälligen Transaktionen analysiert, ins Visier. Immer wieder würden diese zu spät an die Staatsanwaltschaft weitergegeben. „Im Jahr 2018 konnte aufgrund dieses Fehlers Geld von einer Bank hierzulande an die Hamas fließen.“ Zydra fordert, dass die Behörden sämtliche Vermögen konfiszieren sollten, die in Verdacht stünden, kriminellen Ursprungs zu sein.

Die Besitzer müssten sich melden und Belege vorweisen, wie das Geld verdient und versteuert worden sei. Fielen Antworten nach dem Prinzip der Beweislastumkehr unplausibel aus, falle das Vermögen der Allgemeinheit zu.

Zwar habe das Bundesinnenministerium endlich ein Betätigungsverbot gegen die Hamas verhängt, was die Konfiszierung der Vermögenswerte der Terroristen ermöglichen würde. „Weil Bundeskanzler Scholz das Verbot aber schon Wochen vor der Umsetzung angekündigt hatte, blieb der Hamas sehr wahrscheinlich genügend Zeit, um Vermögen verschwinden zu lassen.“ Die EU und ihre Mitgliedstaaten würden den Palästinensern jährlich etwa 600 Millionen Euro überweisen. Unklar bleibe, ob Teile der Hilfsgelder in den Kauf von Waffen für die Terroristen fließen, da sich bisher niemand ernsthaft um die Frage gekümmert habe. „Beispiel Deutschland: Im Haushaltsgesetz 2024 steht jetzt, die Ministerien sollten sicherstellen, dass Leistungen des Bundes nicht ‚zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten‘ eingesetzt würden. Wurde das bislang nicht sichergestellt?“

Um die Feinde Israels zu schwächen, gebe es eine effektive Waffe, „bei deren Anwendung auch keine Zivilisten sterben: Den Terroristen das Geld zu nehmen“.

## Quellen:

Jan Diesteldorf/Harald Freiburger/Raphael Geiger: „Wer die Hamas finanziert“, Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Oktober 2023

Nils Metzger: „Zölle, Steuern und Hilfsgelder: Reiche Terroristen: So kommt Hamas an Geld“, ZDFheute vom 23. Oktober 2023

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hamas-finanzen-geld-gazastreifen-israel-100.html>

Verónica Romano: „Die Finanzierung der Hamas: Woher stammt das Geld der Terrororganisation?“, Euronews vom 2. November 2023

<https://de.euronews.com/business/2023/11/02/die-finanzierung-der-hamas-woher-stammt-das-geld-der-terrororganisation>

Markus Zydra: „Nehmt der Hamas das Geld weg“, Süddeutsche Zeitung vom 18./19. November 2023

# „Wir werden Honig haben“

## Bee-Washing als Form von Greenwashing

von Reiner Diederich

Satirische Sendungen im Fernsehen sind ein Refugium für kritische Geister. Ein Lichtblick in der allabendlichen Fernsehüste aus immer mehr Krimis ist das jede Woche nach der Heute-show kommende ZDF Magazin Royale mit Jan Böhmermann. Hier wird mit investigativen Mitteln gearbeitet, werden Schutzbehauptungen und Propagandaformeln enttarnt und wenig bekannte Tatsachen in einer lockeren und lustigen Form vermittelt, die sicherlich nicht nach jedermanns Geschmack ist, sich aber die Abneigung von rechter Seite redlich verdient hat.

Wer weiß denn schon, dass das in den Medien vielbeschworene Bienensterben eine Legende ist, beziehungsweise eine interessegeleitete Halbwahrheit? Nur zu gerne glauben wir sie, weil das sich in den letzten Jahrzehnten beschleunigende Insektensterben als Indikator für die Umweltzerstörung mittlerweile allseits bekannt ist. Die weltweit schwindende Biodiversität wird zu Recht als ebenso dramatisch und die Lebensgrundlagen der Menschheit bedrohend angesehen wie der Klimawandel.

In seiner Sendung vom 3. November 2023 stellte Böhmermann klar, dass die abnehmende Zahl von Bienenvölkern sich nur auf Wildbienen bezieht, während sich bei den Zuchtbienen eine gegenteilige Entwicklung zeigt. Hier ist sogar eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Das hat nicht nur damit zu tun, dass Honig ein begehrtes Nahrungs- und Genussmittel ist, sondern auch damit, dass es immer beliebter wird, sich eine Bienenzucht als Mittel zur Verbesserung des eigenen Images zuzulegen. Hier hat sich ein ganz neues Geschäftsmodell aufgetan: Der Verkauf und die Vermietung von Bienenstöcken an Firmen, die damit einer Auflage der EU nachkommen wollen, ihre „Nachhaltigkeit“ zu demonstrieren.

Ein besonders bezeichnendes Beispiel

dafür ist die Waffenschmiede Heckler und Koch. Böhmermann zitierte aus einem Artikel der Neuen Rottweiler Zeitung vom 27. August 2020, in dem unter dem Titel „Heckler und Koch: Von Waffen und Bienen“ über die jährliche Aktionärsversammlung des Unternehmens berichtet wird. Darin heißt es – etwas ausführlicher als in der Sendung gezeigt: „Bei der Produktion in Oberndorf achte man auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung. Dank sparsamerer Maschinen habe man den Energieverbrauch um 20 Prozent und den CO2 Ausstoß um 25 Prozent gesenkt. Geplant sei der Bau eines Blockheizkraftwerkes. Dienstwagen seien künftig nur noch Hybridfahrzeuge, Mitarbeiter könnten E-bikes leasen. Und weiter kündigte Koch einen ersten Schritt zur Konversion an: ‚Wir werden auf dem Betriebsgelände Bienenvölker ansiedeln‘, kündigte Koch an, ‚wir werden Honig haben.“

Gut gemeint oder objektiv zynisch? Jedenfalls könnten die Widersprüche und der Widersinn der herrschenden Produktionsweise kaum besser zusammengefasst werden: Auch bei der Herstellung von Menschenvernichtungsmitteln gilt es, nachhaltig zu sein und Ressourcen zu schonen. Dass die Gewinnerzielung dabei nicht zu kurz kommen soll, versteht sich von selbst. Und das alles wird mit dem sentimentalischen Versprechen garniert, dass man als ersten kleinen Schritt zur Rüstungskonversion Honig produzieren werde.

Ein zugegeben krasses Beispiel für das, was nach dem Vorbild des Begriffs Greenwashing „Bee-Washing“ genannt wird: Die Vorspiegelung eines menschen- und naturfreundlichen, also gebrauchswertorientierten Produzierens bei Aufrechterhaltung des Profitprinzips der Tauschwertproduktion. Die fleißigen Bienen eignen sich hervorragend dazu, einen „grünen Kapitalismus“ zu suggerieren.

Böhmermann stellte diesem „Nutztier“, das an dritter Stelle nach Schwein und Rind kommt, in seiner Sendung einen anerkannten Schädling gegenüber: den Borkenkäfer, der als „Feind Nummer eins“ unseren guten alten deutschen Wald durch rasante Vermehrung und übergroße Fresslust bedrohe. So die Legende. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Wälder in Deutschland sind erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit schnell wachsenden Fichten aufgeforstet worden, die nicht mehr so resistent sind wie der traditionelle Mischwald. Es ging dabei um Profitabilität, nicht um nachhaltiges Wachstum. Die Folgen sind nun massenhaft in den immer wärmeren Sommern durch Wassermangel und Hitzestress absterbende und von den heftiger werdenden Stürmen umgelegte Nadelhölzer. Die sind ein bevorzugtes Fressen für den Borkenkäfer. Der aber bereitet durch sein Tun das Terrain für andere Insekten – und Wildbienen! Auf lange Sicht würde er sogar zum Wiedererstehen eines den neuen klimatischen Bedingungen angepassteren Mischwaldes beitragen.

An dieser Stelle brachte Böhmermann am Beispiel von Biene und Borkenkäfer eine Erkenntnis auf den Punkt, die auch zum Verständnis anderer Formen der falschen und manipulativen Feindbestimmung und der Ablenkung von den wahren Ursachen der Misere dienen könnte: „Wir lieben die Honigbiene, weil wir sie ausbeuten können und hassen den Borkenkäfer, weil er uns die Ausbeutung des Waldes versaut. Es geht gar nicht um Borkenkäfer gegen Biene. Der wahre Kampf ist Mensch gegen Natur. Und raten Sie mal, wer den gewinnt. Kleiner Tipp: Nicht wir, nicht wir.“

Mehr an Aufklärung ist von einer Satire-Sendung kaum zu erwarten.

### Impressum:

Herausgeber: Vorstand von Business Crime Control e.V.

Redaktion:

Gerd Bedszent, Reiner Diederich, Victoria Knopp, Joachim Maiworm

Redaktionskontakt:

big-redaktion@businesscrime.de

BIG Business Crime online:

www.businesscrime.de

Layout: Fabio Biasio